

Globale Verantwortung in Baden-Württemberg leben

Ausblick und Empfehlungen zur 17. Wahlperiode



Inhalt

1	Grundlegendes	2
2	Verstehen und lernen!	5
3	Migrantisches Engagement ist unverzichtbar!	8
4	Global verantwortliches Wirtschaften stärken!	10

Grundlegendes

Was bedeutet globale Verantwortung für uns?

Globale Verantwortung statt Entwicklungszusammenarbeit

Globale Herausforderungen bringen die größten Veränderungen für das Leben in Baden-Württemberg. **Migration, Klimawandel, Digitalisierung und Gesundheit** – durch die Corona-Pandemie allen bewusst geworden – zeigen, dass lokale Ereignisse und Entscheidungen globale Verantwortung nach sich ziehen. Durch die Corona-Pandemie drohen massive Kürzungen und Einsparungen. Gleichzeitig bleibt nur wenig Zeit für die Umsetzung der Agenda 2030.

Entwicklungszusammenarbeit und die Diskussion um globale Verantwortung in Baden-Württemberg stehen deshalb am Scheideweg. Entweder bekennt sich die Landesregierung zu einer Entwicklungszusammenarbeit der globalen Verantwortung, die als Querschnittsthema bestehendes Engagement ausbaut, oder entwicklungspolitische Themen werden von der politischen Agenda verschwinden. Aus diesen Gründen muss das Landes Engagement für globale Verantwortung und Entwicklungspolitik ausbauen:

- Die Umsetzung der ressortübergreifenden Initiative Afrika im Blick zeigt, wie Baden-Württemberg konkret globale Verantwortung übernimmt.
- Die Dekolonisierung unseres Denkens in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist Grundlage für gutes Zusammenleben hier und mit anderen Ländern und Kulturen.
- Die Burundi-Partnerschaft ist hierfür wichtige Ressource und Verpflichtung zugleich.
- Klimagerechtigkeit zu erreichen, ist die zwingende Grundlage für ein friedliches Zusammenleben hier und mit anderen Ländern und Kulturen.

Nur wenn wir es schaffen, die eigene Perspektive zu reflektieren, können wir auf die wichtige Frage »Wie wollen wir zusammenleben« Antworten finden. Für Zusammenarbeit und Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens ist die **Aufarbeitung der Kolonialgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit mit und in unseren Partnerschaften** zentral. Nur wer über den in der Kolonialzeit verinnerlichten Rassismus und von den Abhängigkeiten weiß, die zwischen Nord und Süd in dieser Zeit entstanden sind, kann global verantwortungsvoll handeln. Denn diese prägen bis heute die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.

Die ungleichen Voraussetzungen zwischen Nord und Süd aufzuzeigen und ein Forum für Reflexion über die Gründe dafür zu bieten, ist ein

Teil von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Durch die rassistische und machtkritische Perspektive werden Kernfragen gestellt, wie die gemeinsame Zukunft nachhaltig und als »gutes Zusammenleben« von Menschen im Globalen Norden und im Globalen Süden gestaltet werden kann. Nur eine globale Perspektive auf die Zukunftsfrage »Wie wollen wir leben?« kann gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg und über die Landesgrenzen hinaus fördern.

Globale Verantwortung zu übernehmen, ist Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land. Subsidiarität heißt, dass der Staat alles, was die Bürger:innen selbst tun können, nicht selbst übernimmt, sondern das bürgerschaftliche Engagement fördert, berät und vernetzt.

Wer kann welchen Beitrag leisten?

Zivilgesellschaft

Die erfolgreichen Projekte der vergangenen Jahre belegen, dass Baden-Württemberg über eine sehr starke Zivilgesellschaft verfügt. Ihre Bedeutung für internationale Partnerschaften nimmt zu, weil überall auf der Welt die Freiräume bürgerschaftlichen Engagements schrumpfen (»Shrinking Spaces«, z.B. in Burundi, Brasilien, Philippinen, China/Hong Kong, Russland).

Die von Bund und Land finanzierten und von der Zivilgesellschaft getragenen **Eine-Welt-Promotor:innen** haben sich sehr gut bewährt (vgl. Evaluation des BMZ). Sie sind durch ihre Koordinations- und Multiplikatorenfunktion unverzichtbar. Das Partnerschaftszentrum der Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit vernetzt und unterstützt Organisationen in Baden-Württemberg zu den oben genannten Schwerpunktthemen.

Landespolitik

Das **Referat Entwicklungszusammenarbeit, Afrika** ist Partner der Beteiligungsinitiative Welt:Bürger gefragt und des Rats für Entwicklungszusammenarbeit (REZ). In dieser Funktion koordiniert, stärkt und vernetzt das Referat sowohl die zivilgesellschaftlich engagierten Menschen als auch die politischen Akteure seit Jahren mit viel Erfolg. So konnte die Koordination wesentliche **Drittmittel** auf Bundes- und Europaebene für bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg einwerben. Das Staatsministerium koordiniert die Umsetzung der **Agenda 2030**. Im Jahr 2020 neu hinzugekommen ist die Koordination der Initiative Afrika im Blick. Erstmals wurden in allen relevanten Ressorts Haushaltsmittel ausgewiesen und somit die Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe verankert.

Migrant:innen(selbst)organisationen (MSOen)

Das **Netzwerk Migration und Entwicklung** vertritt migrantische Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg und setzt sich dafür ein, dass die migrantische Perspektive in den politischen Prozess einfließt und bei Themen globaler Verantwortung mit einbezogen wird. Dies hat sich insbesondere im Rahmen der Initiative Afrika im Blick bewährt. Das Netzwerk tritt dafür ein, dass migrantische Strukturen Zugang erhalten und gestärkt werden, um einen Perspektivwechsel, Synergien und Dekolonisierung von Partnerschaften zu ermöglichen.

Bildung

Das **Netzwerk Junges Engagement** gibt Jugendinitiativen und -organisationen eine Stimme und Ressourcen, um Lösungsvorschläge für globale Verantwortung einzubringen und so Zukunftsfragen mitzuentcheiden.

Der **Entwicklungspolitische Hochschultag** vernetzt wissenschaftliche Einrichtungen, die zum Thema Entwicklungszusammenarbeit und globale Verantwortung arbeiten und forschen. Gleichzeitig stellt er Brücke und Transfer zur Praxis her.

Das **Entwicklungspädagogische Informationszentrum (EPIZ)** in Reutlingen hat sich zum Kompetenzzentrum für Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg entwickelt. Seine Angebote werden sehr stark nachgefragt und tragen sehr erfolgreich dazu bei, dass entwicklungspolitische Themen in Schule und Lehre Einzug halten.

Kommunale Entwicklungspolitik (KEP)

Städte, Gemeinden und Landkreise sind in der Pflicht die Agenda 2030 durch global verantwortungsvolles Handeln vor Ort umzusetzen. Kirchen, migrantische und diasporische Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen arbeiten und wirken in den Kommunen. Kommunen haben direkten Kontakt zu den Bürger:innen und verknüpfen alle Akteure, die zu Themen globaler Verantwortung arbeiten. Daher betrifft die Kommunale Entwicklungspolitik Alle.

Wirtschaft

Wirtschaftliches Handeln ist unsere Lebensgrundlage und hat weitreichende Auswirkung auf unser Leben sowie das Leben anderer. Globale Verantwortung beinhaltet daher zwingend auch nachhaltiges und faires Wirtschaften. Der **Unternehmensdialog Kurz vor 12 - Impulse zu Wirtschaft und Globaler Verantwortung** hat ein Netzwerk von Unternehmen und an Wirtschaftsfragen interessierten Akteuren hervorgebracht, aus dem Kooperationen und Projektideen entstehen. Im Rahmen von Afrika im Blick vernetzen sich migrantische Wirtschaftsakteure und deren Netzwerke mit Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit, um das Themenfeld gemeinsam zu bearbeiten.

Wie übernimmt Baden-Württemberg globale Verantwortung?

Afrika im Blick als Vorbild

Das Gutachten Afrika im Blick ist Bestandaufnahme und Entscheidungsgrundlage für die Gestaltung der künftigen Beziehungen zu unserem Partnerkontinent. Afrika ist der Nachbarkontinent Europas und zugleich der Zukunftskontinent, der maßgeblich dazu beitragen wird, wie Fragen global nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 entschieden werden. Eine politische Initiative, die einen ganzen Kontinent in den Blick nimmt, muss die Landesregierung weiter fortführen, wenn sie glaubwürdig bleiben will. Erste Umsetzungen der Initiative sind gestartet und Netzwerke geknüpft.

Baden-Württemberg ist mit dem afrikanischen Kontinent als deutsches Bundesland durch eine gemeinsame Kolonialgeschichte verbunden. Es gibt kaum Initiativen, um diese Zeit gemeinsam mit afrikanischen Partner:innen aufzuarbeiten, was für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe jedoch unerlässlich ist. Die **Namibia-Initiative** des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst nimmt sich dieser Problematik an und leistet einen wegweisenden Beitrag, die Kolonialgeschichte in Baden-Württemberg aufzuarbeiten.

Burundi ist das Partnerland Baden-Württembergs und es bestehen langjährige Beziehungen zu Organisationen und Akteuren auf dem Kontinent. Diese Kontakte und Erfahrungen bilden ein enormes Potenzial für weitere Partnerschaftsbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und Afrika. Die Aufarbeitung der gemeinsamen Kolonialgeschichte macht einen Teil der Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi aus und ist damit ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit des Kompetenzzentrums Burundi.

Was brauchen wir?

Unsere Forderungen

Die Forderungen des Expert:innenpapiers zielen nicht allein auf finanzielle Förderung, sondern auf Sichtbarkeit und politische Unterstützung. Die **Expert:innen des REZ** bieten genau die Beratung und Unterstützung, wie durch entwicklungspolitisches Engagement die Umsetzung der Agenda 2030 vorangebracht werden kann.

Globale Verantwortung leben!

- Die neue Landesregierung soll ein eigenes **Minister:innenamt für globale Verantwortung** schaffen und das Thema im Staatsministerium strukturell verankern und stärken – mit dem Ziel die Entwicklungszusammenarbeit als globale Verantwortung und Querschnittsaufgabe in der Landespolitik zu etablieren.
- Das Staatsministerium muss die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) erhalten und entsprechend der wachsenden Herausforderungen angemessen ausbauen.

- Alle Ministerien sollen einen Haushalts-Ansatz und Mittel für Aktivitäten für globale Verantwortung erhalten.
- Die **Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Baden-Württembergs** sowie die Förderung rassismuskritischer Strukturen und Bildungsangebote sollen ermöglicht werden.
- Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, die Initiative Afrika im Blick mit der Initiative »Koloniale Verantwortung« zu verbinden, um die Zusammenhänge zwischen Kolonialgeschichte und der Partnerschaften mit afrikanischen Ländern zu thematisieren.
- Die **Namibia-Initiative** soll ihr Engagement auf Burundi ausweiten.

Engagement fördern!

- **Bwirkt!** bildet die unverzichtbare Basis der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg. Das Förderprogramm muss deshalb erhalten und entsprechend der wachsenden Herausforderungen angemessen ausgebaut werden. Durch Projektmittel kann bürgerschaftliches Engagement seine Wirkung um ein Vielfaches steigern.
- Das **Promotor:innen-Programm** muss erweitert werden. Das baden-württembergische Schwerpunktthema des Jahres 2016 »Regionales Engagement« hat belegt, dass insbesondere die Regionalpromotor:innen ausgebaut und gestärkt werden müssen, um das Engagement vor Ort zu kräftigen.
- Der **Haushaltstitel und das Budget zur Förderung von Projekten und Programmen** (Promotor:innenprogramm, Netzwerk Junges Engagement, Hochschulen, Wirtschaft, Migration) muss erhalten bleiben.
- Das **Kompetenzzentrum Burundi** soll gemeinsam mit dem **Kompetenzzentrum Migration & Entwicklung** beim Forum der Kulturen gestärkt werden, um sicherzustellen, dass bei der Dekolonisierung unserer Partnerschaften die Süd-Perspektive eingebunden wird.
- Die aus dem REZ entstandenen Netzwerke, **Entwicklungspolitischer Hochschultag, Junges Engagement, Unternehmensdialog Kurz vor 12** und **Migrantisches Engagement** müssen gestärkt und verstetigt werden. Sie brauchen Ressourcen für ihre Projekte, um diese weiterzuentwickeln und Drittmittel beim Bund oder der EU einwerben zu können.
- Um allen Akteuren im Land verlässlich Beratung, Vernetzung und Koordination anbieten zu können, müssen die **fachlichen Schwerpunktzentren** nachhaltig gestärkt werden. Diese sind: die Anlaufstelle für die kommunale Entwicklungspolitik beim Städtetag, die Koordination für das Globale Lernen beim EPIZ in Reutlingen und das Partnerschaftszentrum Baden-Württemberg bei der SEZ.
- Das Land soll seiner Verantwortung für **Kommunale Entwicklungspolitik** gerecht werden und die Umsetzung des Handlungskonzeptes für KEP fördern.

»Afrika im Blick« umsetzen!

- Das Engagement Afrika im Blick soll in den kommenden Jahren nachgehalten werden und die Anliegen von afrikanischen Partner:innen von Beginn an in die Prozessgestaltung und Projektplanung einbezogen werden. Die Kernempfehlungen des Gutachtens sollten umgesetzt werden.

Verstehen und lernen!

Bildung, Wissenschaft & Junges Engagement

Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen (GL) sind zentrale Werkzeuge und Ressource für die Umsetzung der SDGs. Sie umfassen Umweltbildung, Friedensbildung, Demokratiebildung, Interkulturelle Bildung, Verbraucher:innen- sowie Konsument:innenbildung und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Wahrnehmung der globalen Verantwortung und der Umsetzung der Agenda 2030 in unserer Gesellschaft. Die zwei Fachpromotor:innenstellen in Baden-Württemberg mit den Schwerpunkten BNE und GL sind die Vernetzungsstellen im Bereich Zivilgesellschaft und Verwaltung. Sie sind stark nachgefragt.

Mehr Ressourcen für BNE und eine **Stärkung der Koordination** und **Bündelung von Angeboten** für globale Verantwortung bei der Landesregierung sind notwendig, um Qualifizierung und Erfahrungsaustausch für die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030 in Lehre und Bildung zu leisten. Zivilgesellschaftliche Akteur:innen der BNE bieten bereits zahlreiche Angebote der Beratung und Qualifizierung und sind wichtige »Change Agents« im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation.

Das **Entwicklungspädagogische Bildungszentrum (EPIZ)** ist Kompetenzzentrum für GL und BNE in Baden-Württemberg. Es soll als beratender und durchführender Akteur gestärkt und in die Umsetzung der BNE-Gesamtstrategie eingebunden werden.

Die **Fair Handeln Messe** und die **Initiative Future Fashion** sind in Baden-Württemberg für den akteursübergreifenden Dialog, die Vernetzung und den fachlichen Austausch für BNE sowie die Sensibilisierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern bekannt. Sowohl die Messe als auch die Initiative sollen für die Verknüpfung mit weiteren Themenfeldern gestärkt werden.

Die **BNE-Gesamtstrategie des Landes** muss Teil der baden-württembergischen Nachhaltigkeitsstrategie sein. Sie betont den Bildungsauftrag aller Ressorts und deren Verantwortung für eine erfolgreiche Umsetzung. Außerdem benennt sie die Aus- und Fortbildung von Multiplikator:innen der formalen und nicht-formalen Bildung (Außerschulische Bildungsreferent:innen, Lehrkräfte usw.). Für die Verankerung von nachhaltiger Entwicklung in der schulischen Bildung gibt es seit 2016 die **Leitperspektive BNE**. Was fehlt ist eine **Rahmenvereinbarung BNE an Schulen fördern** zwischen dem Land und

der Zivilgesellschaft, die die Kooperationen mit außerschulischen Bildungspartnern ermöglicht und zur Qualitätssicherung von Bildungsangeboten und Bildungsanbietern beitragen kann.

Wissenschaft und Hochschulen

In der Wissenschaft und an Hochschulen werden wissenschaftsbasierte Lösungen globaler Zukunftsprobleme entwickelt und die nächsten Generationen ausgebildet.

Wissenschaft und Forschung bilden eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von Lösungen globaler Probleme und den Wissenstransfer in Politik und Gesellschaft. BNE und Global Citizenship Education (GCED) sind ein zentrales Leitbild in der Ausbildung. Ein **»Whole-Institution-Approach«** bei globaler Nachhaltigkeit bedeutet, Forschung, Lehre und Campus zusammenzudenken. Die strukturelle Verankerung der Agenda 2030 auf allen Ebenen wird dabei nicht allein durch Freiwilligkeit und »Best-Practice-Beispiele« zu erzielen sein, sondern bedarf aktiver Förderung aus der Politik.

Einzelne Hochschulen haben Green Offices und Nachhaltigkeitsbeauftragte etabliert, die das Thema Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 2030 übergreifend denken. Auch in der Hochschulfinanzierungsvereinbarung 2021-2025 werden von den Hochschulen Maßnahmen zum Klimaschutz gefordert.

Es gibt bereits sehr erfolgreiche Netzwerke und Unterstützungsangebote:

- Entwicklungspolitische Hochschultage
- Arbeitsgruppe Hochschule und Eine Welt
- Ministergespräch im Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ)
- BNE-Hochschulnetzwerk
- Programm BNE Nachhaltig lehren lernen (PH Heidelberg)
- Programme ASA-Hochschule
- Stipendien und Austausch Baden-Württemberg Stiftung, BWS+, BWS REK

Expertise in Wissenschaft und Hochschulen ist im Bereich BNE stark gewachsen. Ebenso gibt es Unterstützungsmöglichkeiten für den Bereich Hochschule, die stark nachgefragt sind.

Kooperationen mit dem Globalen Süden

Eine Bündelung und Stärkung von Kooperationen mit dem Globalen Süden in Bildung und Wissenschaft ist notwendig, um gemeinsam Lösungen erarbeiten zu können.

Die **Internationalisierung der Forschung** sowie **internationale Studierende** tragen dazu bei, dass von Baden-Württemberg aus globale Probleme in multidisziplinären Gruppen bearbeitet und erforscht werden. Studiengebühren haben für Studierende aus den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries, LDC) eine selektive Wirkung. Die Zahl und der Zugang zu Stipendien reicht nicht aus, um Wissenstransfer zu ermöglichen. Im Sinne der Agenda 2030 muss Baden-Württemberg als reiches Bundesland mehr Verantwortung übernehmen.

Aufbauend auf bestehenden Kontakten sind digitale Kooperationsmaßnahmen in Forschung und Lehre mit Süd-Partnern möglich. Hierdurch können Klimaschutz und Internationalisierung zusammengedacht werden. Auch »Open Access« bei Forschungsergebnissen ist hierbei wichtig. Sowohl an Hochschulen in Baden-Württemberg als auch bei Partnern im Süden bedarf es den Aufbau von personellen und physischen Strukturen für digitale Kooperationen. Das Interesse an **Nord-Süd-Kooperationen** ist im **Wissenschaftsbereich** insgesamt stark gestiegen. So sind auch an einzelnen Hochschulen neue Leitbilder oder Profile bezüglich Nachhaltigkeit und internationalen Kooperationen entstanden.

Junge Menschen

Junge Menschen wollen globale Verantwortung übernehmen: hier und in Partnerschaften mit dem Globalen Süden. Sie wollen sich entwicklungsbezogen engagieren und globale Nachhaltigkeitsfragen bearbeiten. Junge Menschen suchen Zugänge zu Förderungen, Plattformen und Vernetzungen und brauchen Unterstützung bei der nachhaltigen Planung ihres Engagements. Seit 2019 ist das **Netzwerk »Junges Engagement«** durch einen Sitz des Landesjungendings im REZ eingebunden. Es wurde gegründet, um Bündelung und Synergien zu schaffen. Das **Development Innovation Camp** machte hierbei den Anfang. Unter der Überschrift **Zurück nach vorn!** sucht und fördert das Netzwerk neue Impulse junger Menschen für globale Verantwortung, die aus einem Freiwilligendienst im Ausland zurückkehren.

Klimagerechtigkeit, Rassismus und Dekolonisierung

Klimagerechtigkeit, Rassismus und Dekolonisierung der Partnerschaften mit dem afrikanischen Kontinent müssen zentrale Themen in Wissenschaft und Bildung werden.

Eine Partnerschaft auf Augenhöhe und Klimagerechtigkeit bedeuten, koloniale Kontinuitäten in unserer Lebens- und Wirtschaftsweise zu erkennen und Lösungen für die daraus resultierenden Abhängigkeiten zu entwickeln. Rassismus sowie antirassistische Bewusstseinsbildung müssen daher als Themenbereiche in der Bildungsarbeit verankert werden.

Die Ergebnisse der **Bestandsaufnahme »Afrika im Blick«** bekräftigen die Notwendigkeit, dass sich alle Ressorts mit BNE und GL auseinandersetzen, um partnerschaftliche Beziehungen aufzubauen, zu vertiefen und auszuweiten. Das Ziel muss sein, eine globale Perspektive für erfolgreiche Nord-Süd-Partnerschaften zu entwickeln. Im Rahmen von »Afrika im Blick« wurde vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine Bestandsaufnahme zu Partnerschaften mit Afrikanischen Hochschulen durchgeführt sowie die Anschubfinanzierung für Afrikakooperationen 2018 und 2020 ausgeschrieben. Zum Partnerland Burundi bestehen in Baden-Württemberg einzelne Hochschulkontakte und es gibt ein Netzwerk von Studierenden aus Burundi in Baden-Württemberg.

Die **Namibia-Initiative** ist wegweisend für Nord-Süd-Partnerschaften, indem sie die absolut überfällige Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Baden-Württembergs vorantreibt. Auch das Kompetenzzentrum Burundi ist gemeinsam mit Partner:innen aus Burundi erste Schritte gegangen. Die Ergebnisse der Aufarbeitung sollen veröffentlicht werden, um postkoloniale Kontinuitäten bewusst zu machen, abzubauen und damit eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu ermöglichen. Eine **stärkere Zusammenarbeit mit der afrikanischen und insbesondere der burundischen Diaspora** in Baden-Württemberg erfolgt unter der Berücksichtigung des **Aktionsplans der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung** zur Bekämpfung von Ungleichheit und Rassismus.

Was brauchen wir?

Unsere Forderungen

Die Landesregierung muss sich klar zur verantwortungsvollen Umsetzung der Ziele der BNE-Gesamtstrategie bekennen!

- Personelle und finanzielle Ressourcen zur erfolgreichen **Verabschiedung und Implementierung der BNE-Gesamtstrategie** schaffen und zivilgesellschaftlichen Akteure und außerschulische Lernorte stärken.
- Das **Netzwerk »Nachhaltigkeit Lernen«** als gemeinschaftliche Koordinationsplattform für Verwaltung, Ministerien und Zivilgesellschaft sowie als Vernetzungsplattform soll wiederbelebt werden.
- Eine **Rahmenvereinbarung zur Kooperationen von Schulen und außerschulischer Bildung** soll verabschiedet werden, damit BNE und GL in der Aus- und Fortbildung pädagogischer Fachkräfte der formalen und non-formalen Bildungsbereiche strukturell verankert wird.

- Der Nachhaltigkeitsbeschluss der Hochschulrektorenkonferenz von 2018 soll umgesetzt und Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 2030 strukturell an allen Hochschulen in Forschung, Lehre und Verwaltung verankert werden.

Beteiligung und Vernetzungsmöglichkeiten für junge Menschen schaffen, damit diese globale Verantwortung erproben können.

- Das **Netzwerk »Junges Engagement«** durch eine **hauptamtliche Koordinationsstelle** fördern: mit dem Ziel Austausch, Vernetzung und die Gestaltung von Initiativen von und für junge Menschen für globale Verantwortung nachhaltig zu ermöglichen.
- **Partizipative Vernetzungscamps** einrichten, die es jungen Menschen erlauben, ihre entwicklungsbezogenen Vorstellungen zu erproben. So können sie ihre Impulse an Verbände, Vereine und die Politik weitergeben.

Südkooperationen stärken. Wissenschaftler und Studierende in der Bildung stärker fördern. Dabei die Wissenschafts- und Forschungsbeziehungen zu Burundi nutzen.

- Das **Afrika-Forum** und weitere **ressortübergreifende Schwerpunkttage** umsetzen, bei denen Akteur:innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenkommen.
- **Nord-Süd-Kooperation von Hochschulen** stärken: zum Beispiel durch das Programm der Reallabore, um wissensbasierte Entscheidungen herbeizuführen.
- **»Fair Science«** etablieren, die auch die Bedürfnisse und Perspektiven der Süd-Partner:innen mitberücksichtigt und deren Einbindung durch Stipendien ermöglicht. Die Kooperation mit dem Partnerland Burundi kann hier als Beispiel vorangehen.
- Personelle und physische Strukturen für **digitale Kooperationen** aufbauen: sowohl an Hochschulen in Baden-Württemberg als auch bei Partnern im Süden. »Open Access« bei Forschungsergebnissen ist hierbei wichtig.

Die Themenfelder Rassismus, Dekolonisierung und Diversität sollen zentraler Bestandteil der Bildung für Nachhaltige Entwicklung werden.

- **Trainings zu Anti-Rassismus und Diversität** sollen an **Hochschulen** verankert und umgesetzt werden.
- Die **Namibia-Initiative** soll auf Baden-Württembergs **Partnerland Burundi** ausgeweitet werden.
- **Studiengebühren** für Studierende aus »Least Developed Countries« sollen **abgeschafft** und **digitale Kooperationen** im Rahmen der Internationalisierung von Hochschulen gestärkt werden.
- **Schulmaterialien zum Partnerland Burundi**, inklusive Rassismus- und machtkritischer Perspektiven, sollen erarbeitet werden. Das Kompetenzzentrum Burundi bei der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) soll gestärkt werden, damit es diese Themen intensiver bearbeiten kann.

Migrantisches Engagement ist unverzichtbar!

Diversität der Akteure für globale Verantwortung stärken

Diversität der Ansätze und Öffnung für migrantisches Engagement!

Rücküberweisungen von Menschen mit Migrationsgeschichte und aus der Diaspora machen einen **Großteil des Zahlungs- und Wissens-transfers** von Deutschland in Richtung des Globalen Südens aus. Dennoch sind diese Menschen bislang in der Entwicklungspolitik kaum repräsentiert und als Akteure globaler Verantwortung wenig anerkannt. Die Herkunftsländer von Migrant:innen fördern häufig die **Rohstoffe** und sind der Startpunkt für **internationale Lieferketten**. Aufgrund dieser persönlichen Betroffenheit und Expertise engagieren sie sich für global verantwortungsvolles Handeln. Dieses **Engagement muss sichtbar gemacht, genutzt und unterstützt** werden.

Migrantisch-diasporische Organisationen (MDO) sind ein großer Teil der Nichtregierungsorganisationen, die sich für globale Verantwortung und Partnerschaften einsetzen. Migrant:innen und Menschen aus der Diaspora bringen zusätzlich zu ihrer fachlichen Kompetenz und Qualifikation noch einen anderen Erfahrungshorizont mit, der für Partnerschaften mit dem Globalen Süden sehr wichtig ist: **interkulturelle Kompetenzen, transkulturelle Interaktion und das Vermögen, Lösungen auf neue Begebenheiten anzupassen und zu transformieren**.

Die Diskussion und Darstellung verschiedener Sichtweisen gibt Anstoß zu Reflexion, die notwendig ist, um Lösungen für globale Herausforderungen zu finden. Die Arbeit in multidisziplinären und diversen Gruppen, die sich aufgrund ihrer unterschiedlicher Realitäten und Lösungsansätze befruchten, ist ausgesprochen produktiv. Der bundesweite Erfolg des **Kompetenzzentrum Migration und Entwicklung beim Forum der Kulturen** und die starke Nachfrage der baden-württembergischen Städte und Gemeinden für die Angebote von **MiGlobe** sind Beweis für den Bedarf an migrantischer Expertise.

Globale Ungerechtigkeiten durch Rassismus und Machtstrukturen

Die Analyse, wie Rassismus und Machtstrukturen mit globalen Ungerechtigkeiten zusammenhängen, muss Kernkompetenz der Entwicklungspolitik werden! Denn die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit und die Beziehungen zwischen Deutschland und Ländern des Globalen Südens sind eng mit der Kolonialgeschichte Europas verknüpft. Der Rassismus von heute fußt teilweise auf Entwicklungs-

theorien aus der Kolonialzeit. Die Entwicklungszusammenarbeit ist mit einer Geber-Empfänger-Logik gegründet worden, die von einem defizitären Ausgangspunkt ausgeht. Dieses, zumeist aus westlicher Perspektive definierte Weltbild, gilt es auszugleichen. Die **Agenda 2030** hat zum ersten Mal mit dem Binom von Geber und Nehmer gebrochen, da das **Paradigma »Entwicklung für globale Nachhaltigkeit«** für alle Länder gleichermaßen gilt. Dieses neue Denken muss im Bewusstsein der Gesellschaft und in den Strukturen verankert werden. Noch ist es nicht angekommen. Bei der Beschäftigung mit Rassismus in der Entwicklungszusammenarbeit werden Fragen von Dominanz, Repräsentation, Zugang zu Ressourcen und Fremdbestimmung diskutiert. Diese müssen auch bei Projekten und Partnerschaften mit dem Globalen Süden gestellt werden, um gleichberechtigte Partnerschaften für Entwicklung überhaupt zu ermöglichen. Die **Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Baden-Württembergs** insbesondere mit dem Partnerland Burundi ist hierfür der erste Schritt.

Was brauchen wir?

Unsere Forderungen

Migrantische Strukturen müssen unterstützt und ausgebaut werden!

- Die Landesregierung soll die Forderungen des Netzwerks migrantischer Akteure umsetzen, indem sie die **Beteiligungsstruktur von migrantischen und diasporischen Akteuren** neu denkt. Nur so können diese ihre Kompetenzen und Engagement für Globale Verantwortung aktiv einbringen und den politischen Prozess mitgestalten können.
- Das **Kompetenzzentrum Migration und Entwicklung beim Forum der Kulturen** soll in Ergänzung zum Kompetenzzentrum Burundi als Struktur und Vernetzungspunkt für dieses Themenfeld gestärkt werden.
- Das **interkulturelle Protomotor:innenprogramm** des Sozialministeriums soll nach dem Pilotjahr verlängert werden, um Ausbildung, Vernetzung und Beratung zu schaffen und den Zugang für Förderung und Strukturen der Entwicklungspolitik im Land zu sichern.
- Die meist ehrenamtlich tätigen Expertinnen von MDOen sollen eine Aufwandsentschädigung erhalten, damit reelle politische Partizipationsmöglichkeiten gewährleistet sind.

- Die Landesregierung soll einen **Preis für migrantisches Engagement** in der Entwicklungszusammenarbeit ausloben, um Zugang und Sichtbarkeit für das Engagement und die Expertise von migrantisch-diasporischen Organisationen zu ermöglichen.

Die Analyse, wie Rassismus und Machtstrukturen mit globalen Ungerechtigkeiten zusammenhängen, muss als Kernkompetenz der Entwicklungspolitik verankert werden!

- Es sollen **Antirassismus-Leitlinien** erarbeitet und Antirassismus-Workshops für Institutionen des Landes, die in der Entwicklungspolitik und in globalen Partnerschaften tätig sind, durchgeführt werden.
- Die Landesregierung soll in den **Leitlinien für Projektvergabe** in der Inlandsarbeit anerkennen, dass die Diskussion über Rassismus und ungleiche Machtverhältnisse ein Teil der Entwicklungspolitik und von Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens sein muss.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus und der Kolonialgeschichte vorantreiben!

- Das Land soll die Initiative **»Koloniale Verantwortung«** des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst auf das Partnerland Burundi ausweiten.
- Das Kultusministerium Baden-Württemberg soll die **»Auseinandersetzung mit Rassismus und der Kolonialgeschichte«** im **Lehrplan** verankern.

Global verantwortliches Wirtschaften in Baden-Württemberg stärken!

Lieferketten und Handelsbeziehungen global verantwortlich gestalten

Das Land setzt die **Rahmenbedingungen für die Wirtschaft**. Gleichzeitig ist es selbst Akteur der Wirtschaft. Erste erfolversprechende Maßnahmen für **globale Verantwortung in der Wirtschaft** sind die Gemeinwohl-Ökonomie-Bilanzierung einzelner öffentlicher Unternehmen und Nachhaltigkeitskriterien in der Versorgungsrücklage des Landes. Die Neufassung der **Verwaltungsvorschrift Beschaffung** im Oktober 2018 stärkt die Beachtung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Beschaffung des Landes.

Gleichzeitig gibt es aber keine gemeinsame Agenda der Landespolitik für nachhaltiges Wirtschaften: Die einzelnen Ressorts handeln nach wie vor weitgehend unabhängig voneinander. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft betreut die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, die mit der WIN-Charta in Baden-Württemberg mittlerweile mehr als 200 Unternehmen vernetzt hat. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau spricht nachhaltiges Wirtschaften bislang nur punktuell an. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat das Thema Nachhaltigkeit in den Bereichen Ernährung und Konsum aufgegriffen.

- Die Messe **Fair Handeln** ist eine internationale Plattform für Importeure aus dem Globalen Süden und für die Diskussion von gerechten Handelsbeziehungen.
- Die Initiative **Future Fashion** bietet eine Plattform für fachlichen Austausch und Dialog mit Konsument:innen und Verbraucher:innen.
- Die Gesprächsreihe **Kurz vor 12 - Impulse zu Wirtschaft und Globaler Verantwortung** der SEZ bietet Vernetzung und Austauschmöglichkeit.

Bei Bestandsaufnahme und Umsetzung von **Afrika im Blick** zeigt sich ein großes Interesse an **Wirtschaftskooperationen** zwischen Baden-Württemberg und afrikanischen Ländern. Diskussionsforen und Vernetzungsveranstaltungen wie der **1. & 2. Wirtschaftsgipfel Afrika** und das **Global Partnership for African Development (GPAD) Forum** sind sehr stark nachgefragt.

Weitere Kooperationsprojekte mit Schwerpunkt **Gründerförderung und Kleinkredite** mit afrikanischen Wirtschaftsakteuren sind im Rahmen von »Afrika im Blick« angestrebt oder bereits in der Umsetzung. Partnerschaftliche Wirtschaftsbeziehungen mit dem afrikanischen Kontinent sind aus politischer und wirtschaftlicher Sicht unabdingbar und sollen sich an der Agenda 2030 orientieren.

Sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft anstoßen

Die durch den globalen Norden verstärkte Klimaerwärmung stellt den Globalen Süden vor enorme Herausforderungen. Es benötigt eine sozial-ökologische Transformation der baden-württembergischen Wirtschaft, die globale Auswirkungen berücksichtigt.

Dass unsere Wirtschaft, unsere Produktion und unser Handel nicht auf Kosten von Natur und Umwelt oder gar Menschenleben in anderen Ländern basieren soll, würde jede:r unterschreiben. Gleichzeitig reichen freiwillige Unternehmensinitiativen bislang nicht aus, um Menschenrechte und Umwelt zu schützen. In vielen internationalen Handelsverträgen werden selbstbestimmte Entwicklungspfade der Partnerländer behindert, nationales Recht durch Investor-Staat-Schiedsgerichte ausgehebelt, Umweltschutz sowie Menschen- und Arbeitsrechte nicht wirksam eingehalten und anspruchsvolle nationale Regelungen unterlaufen. Daher muss hierfür ein **politischer Rahmen** geschaffen werden.

Die REZ-Akteur:innen bieten dem Wirtschaftsministerium ihre Expertise und Netzwerke an, um gemeinsam Lösungen für globale Verantwortung der Wirtschaft in Baden-Württemberg zu definieren. Zahlreiche Unternehmen, die bereits ihre **Lieferketten verantwortungsvoll gestalten** und mit gutem Beispiel vorangehen, fordern einen für Alle verbindlichen Rahmen. Ohne diesen sehen sie sich Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt. Investitionen in Nachhaltigkeit und globale Verantwortung stärken Langfristigkeit und Verlässlichkeit in Kooperationsbeziehungen und Lieferketten.

Eine entwicklungspolitische Perspektive hin zu globaler Verantwortung berücksichtigt auch wirtschaftliche Aspekte: **Nachhaltigkeitsforschung, Konsument:innen- und Verbraucher:innenbildung sowie Expertise von Südpartner:innen** bieten Lösungen für faires und nachhaltiges Wirtschaften im Sinne der Agenda 2030.

Kleinbäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft stehen in Baden-Württemberg und in Ländern des Globalen Südens vor ähnlichen Herausforderungen. An beiden Orten müssen sie sich gegenüber der Konkurrenz industrieller landwirtschaftlicher Produktion behaupten und an den Klimawandel anpassen. Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg spielt dabei eine wichtige Rolle für die Umsetzung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele. Landwirtschaft ist nicht nur Leidtragende des Klimawandels, sondern muss auch selbst einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, indem sie Biodiversität aktiv bewahrt und zur klimabewussten Ernährung der Bevölkerung beiträgt. Das Landwirtschaftsministerium engagiert sich zu den Themen **Verbraucherbildung und Fairer**

Handel, Bewusste Ernährung und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Es sucht dabei verstärkt die Kooperation mit Akteuren der Entwicklungspolitik, beispielsweise durch die Kofinanzierung einer Stelle gemeinsam mit SEZ und Brot für die Welt.

Was brauchen wir?

Unsere Forderungen

Baden-Württemberg führt einen aktiven Dialog mit Wirtschaft und Verbraucher:innen.

- Die Agenda 2030 spricht von der sozial-ökologischen Transformation. Dafür ist eine **ergebnisoffene Dialogplattform** notwendig, auf der globale Folgen von Produktion und Handel diskutiert und Lösungen entwickelt werden.
- Globale Auswirkungen wirtschaftlichen Handelns in Baden-Württemberg müssen mit **Verbraucher:innen und Konsument:innen** diskutiert werden, um ein Bewusstsein für Lösungen globaler Herausforderungen zu schaffen.
- Das betrifft auch ein deutsches und ein europäisches **Lieferkettengesetz** sowie den auf UN-Ebene verhandelten »**Vertrag für transnationale Wirtschaft und Menschenrechte**«.
- Die Landesregierung muss ihren Einfluss geltend machen, damit internationale Handelsverträge so gestaltet werden, dass sie **nachhaltige Entwicklung, demokratische Rechte sowie gute Sozial- und Umweltstandards** fördern.
- Die Landesregierung muss anerkennen, dass die Automobilunternehmen in Baden-Württemberg mit ihren Zulieferbetrieben und internationalen Produktionsstandorten eine besondere Verantwortung für den globalen Klimaschutz sowie eine faire und nachhaltige Produktion haben. Dies soll Eingang in die Beratungen des **Transformationsrats Automobilwirtschaft** finden.

Die Landesregierung braucht ein klares Konzept für Globale Verantwortung, wie sie beim eigenen wirtschaftlichen Handeln eine gesellschaftliche Vorbildfunktion einnehmen will.

- Erfolgreiche Ansätze nachhaltiger Beschaffung sowie **Klima- und Gemeinwohlabilanzierung** von Unternehmen mit Landesbeteiligung sollen umgesetzt und konsequent weiterentwickelt werden.
- Baden-Württemberg soll für die nachhaltige Beschaffung anspruchsvolle Ziele formulieren, ein Monitoringsystem für die Umsetzung implementieren, Schulungsangebote für Beschaffer:innen ausbauen und eine **Landeskompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung** einrichten.
- Die Landesregierung muss zielführende **Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte** in der Wirtschaft entwickeln.

Migrantische Unternehmer:innen bieten zentrale Expertise und bilden eine Brücke in ihre Heimatländer. Sie benötigen als Partner der Wirtschaft klar definierte Ansprechpartner und Fördermöglichkeiten.

- Austauschformate für Wirtschaftsakteure zu gerechten Handelsbeziehungen, nachhaltigem Wirtschaften und Ressourcengerechtigkeit in Kooperation mit Südpartnern müssen etabliert werden.
- Das **Global Partnership for African Development (GPAD) Forum** soll als Plattform für Wirtschaftskooperationen mit afrikanischen Ländern ausgebaut und langfristig gefördert werden.
- Migrantische Unternehmer:innen sollen dabei unterstützt werden, **Zugang zu Förderinstrumenten** für die Wirtschaft zu erhalten.

Die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung benötigen einen nachhaltigen Perspektivwechsel.

- Beim Dialog über nachhaltige Produktion von Lebensmitteln soll den Partner:innen aus dem Globalen Süden eine starke Rolle zukommen.

Das Land soll den **Förderschwerpunkt sozial-ökologische Innovationen** einrichten: für Sozialunternehmertum, für Fairen Handel und für nachhaltige Textilien.

- Förderung von Start-Ups, deren Geschäftsmodelle auf sozialen und ökologischen Mehrwert zielen. Sie sind Vorbilder, die es nachzuahmen gilt.

Mitglieder des REZ

Arnold-Bergsträsser-Institut | Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg | Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit | Diözese Rottenburg-Stuttgart | Engagement Global | Erzdiözese Freiburg | Evangelische Landeskirche Baden | Evangelische Landeskirche Württemberg | Forum der Kulturen Stuttgart | Friedrich-Ebert-Stiftung | Friedrich Naumann Stiftung | Gemeindetag | Heinrich Böll-Stiftung | Diözese Rottenburg-Stuttgart | Konrad-Adenauer-Stiftung | Landesjugendring | Landkreistag | Städtetag | Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg

Kontakt

Geschäftsstelle des Rats für Entwicklungszusammenarbeit (REZ)
Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)
Werastraße 24
70182 Stuttgart

Telefon 0711 21029-0
Telefax 0711 21029-50
rez@sez.de
www.sez.de/themen/weltbürger-gefragt